

---

# ZEIT FÜR DIE SCHULE

---

 [www.zeit.de/schulangebote](http://www.zeit.de/schulangebote)

Diese Arbeitsblätter sind ein **kostenloser Service für die Oberstufe** und erscheinen jeden ersten Donnerstag im Monat. Sie beleuchten ein Thema aus der ZEIT oder von ZEIT ONLINE, ergänzt durch passende Arbeitsanregungen zur praktischen Umsetzung im Unterricht.

## Thema im Dezember 2017:

### **Politik-Dilemma: Neuwahlen, Minderheitsregierung oder Groko?**

Willkommen in der europäischen Normalität, Deutschland! Eine einfache Regierungsbildung mit klaren Mehrheiten wird, mit dauerhaft sieben Parteien im Parlament, in Zukunft immer schwieriger werden. Anders ausgedrückt: Entweder die große Koalition bleibt eine Dauerregierung, oder man muss Alternativen durchspielen. Neuwahlen, bis das Ergebnis passt? Lagerübergreifende Mehrparteienkoalitionen? Dieser Versuch ist gerade gescheitert. Oder unbequeme Minderheitsregierungen? Jede Option hat Vor- und Nachteile. Doch welche Lösung ist momentan das Beste für das Land?

In dieser Unterrichtseinheit diskutieren Ihre Schüler Argumente für und gegen Neuwahlen, Groko und Minderheitsregierung. In einem Einstieg vermitteln Erklärvideos Basiswissen zur Problematik, anschließend erörtern Ihre Schüler die drei Optionen anhand von Kommentaren aus einem ZEIT ONLINE-Artikel. Sie nutzen die vorgebrachten Argumente für einen politischen Diskurs in Form einer Podiumsdiskussion und positionieren sich in einer Abstimmung, bei der sie ihren Standpunkt begründen.

#### **Inhalt:**

- 2 Einleitung:** Thema und Lernziele
- 3 Arbeitsblatt:** Regierungsbildung: Was denn nun?
- 10 Internetseiten zum Thema**

## Einleitung: Thema und Lernziele

Früher war alles leichter: Die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD erhielten über 40 Prozent der Wählerstimmen, und eine absolute Mehrheit konnte die stärkste Fraktion mithilfe einer flexiblen FDP erreichen. Inzwischen sind erstmals sieben Parteien im Parlament vertreten. Jede dieser Parteien hat eine Wählerschaft hinter sich, die erwartet, dass die Versprechungen der Parteiprogramme eingehalten werden. Jede dieser Parteien ist gezwungen, in einer Koalition weitgehende Kompromisse einzugehen. Und jede Partei läuft Gefahr, das Vertrauen ihrer Wähler zu verlieren, wenn ihre Kompromissbereitschaft zu weit geht. Mit den geplatzen Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU, Grünen und FDP ist der erste Versuch, eine lagerübergreifende Mehrparteienkoalition auf Bundesebene zu bilden, gescheitert.

Nun stehen drei Optionen zur Debatte: die Fortführung der großen Koalition, Neuwahlen oder eine Minderheitsregierung. In der Öffentlichkeit ist eine lebhafte Diskussion hierüber entstanden, bei der Vor- und Nachteile gegeneinander aufgewogen werden. Dabei wird deutlich, dass jenseits der Tagesaktualität grundlegende Fragen der Regierungsführung und der Parteiendemokratie diskutiert werden. Gibt es eine ethische Verpflichtung für Parteien, trotz erwartbarer Stimmenverluste selbstlos für das Gemeinwohl und die politische Stabilität des Landes Regierungsverantwortung zu übernehmen? Sollte man nicht grundlegend starre Koalitionen infrage stellen, in denen politische Maßnahmen oftmals nur darin bestehen, den Koalitionsvertrag abzarbeiten? Ist es besser, Sachfragen zukünftig intensiver auszuhandeln, anstatt sich auf stabile Mehrheiten und einen Fraktionszwang zu verlassen? Und haben die Bürger die jeweilige Regierungskoalition überhaupt in dieser Form gewollt und gewählt?

In dieser Debatte wird erstmals eine Minderheitsregierung auf Bundesebene in Erwägung gezogen. Hierbei muss die Regierung für jedes einzelne Gesetzesvorhaben eine neue Mehrheit bilden: beispielsweise Umweltpolitik mit den Grünen, Sozialpolitik mit SPD und Linkspartei und Integrationspolitik entweder mit dem rechten Lager inklusive AfD oder mit dem linken Lager. Gibt es eine Blockadementalität der Oppositionsparteien, geht gar nichts mehr voran: Kein politisches, gesellschaftliches oder wirtschaftliches Problem wird gelöst. Sind die Oppositionsparteien jedoch zu einer konstruktiven Einigung in Sachfragen jenseits ideologischer Parteigrenzen hinweg bereit, könnte dies zu einer echten Demokratisierung der deutschen Politik beitragen. In Skandinavien klappen Minderheitsregierungen ganz gut, sie fördern einen kompromissbereiten, lösungsorientierten Politikstil. Und die Regierungen sind dort politisch keinesfalls instabil. Der Bundespräsident könnte in Deutschland die Parteien zu einer Minderheitsregierung zwingen. Aber ist Deutschland bereit für ein solches Demokratie-Experiment?

Das folgende Arbeitsblatt stellt Argumente für jede der Optionen, Groko, Neuwahlen und Minderheitsregierung, vor. Drei Redakteure von ZEIT ONLINE versuchen in Kommentaren, ihre favorisierte Option zu verteidigen. Welche Variante kann die Leser am ehesten überzeugen? Die Schüler erarbeiten zunächst mithilfe von Videos Basiswissen zur Debatte und bewerten mögliche Regierungskoalitionen aufgrund der Sitzverteilung im Bundestag. Sie arbeiten Pro- und Contra-Argumente zu jedem Vorschlag heraus und halten eine Podiumsdiskussion oder Talkshow über diese Frage ab. Zum Abschluss entscheiden sich die Schüler für eine Variante und formulieren ein Statement, in dem sie ihre Wahl begründen.

## Regierungsbildung: Was denn nun?

Jamaika ist Geschichte. Als Alternativen bleiben Neuwahl, eine Minderheitsregierung oder wieder eine große Koalition. Welche ist die beste? Drei Optionen, drei Meinungen

### Text 1: Eine Neuwahl muss niemand fürchten – von Hannes Schrader

Alle verantwortlichen Parteien sind nach dem Aus für Jamaika ratlos: Angela Merkel und andere Politiker von CDU und CSU versuchen, die SPD doch noch zu einer neuen großen Koalition (Option 3) zu überreden. Die SPD scheint aber fest entschlossen, dieser Versuchung zu widerstehen. Die Grünen hoffen, dass es  
5 sich die FDP doch noch mal überlegt, beißen damit jedoch bei deren Chef Christian Lindner ebenfalls auf Granit. Keiner bewegt sich.

Wie aber soll es jetzt weitergehen? Eine Minderheitsregierung (Option 2) ist in Deutschland unrealistisch. Sie würde außerdem bedeuten, dass SPD oder FDP eine von Merkel geführte Regierung dulden müssten –  
10 ohne unmittelbare Einflussmöglichkeit durch einen Koalitionsvertrag. Warum sollten sie das tun? Deshalb bleibt nur ein Ausweg: Neuwahl.

Von der SPD zu verlangen, sie müsse in der verfahrenen Lage staatspolitische Verantwortung übernehmen und ihre Absage an eine weitere Groko über den Haufen werfen, ist zu einfach. Die SPD hat diese  
15 Verantwortung seit fast 20 Jahren getragen. Sie hat bitter dafür bezahlt.

Keiner der Spitzenpolitiker sieht eine Neuwahl als gute Option. Sie alle müssen weitere Stimmenverluste befürchten, niemand kann fest damit rechnen, dass seine Partei als strahlende Siegerin hervorgeht. Dennoch wird ihnen vermutlich gar nichts anderes übrig bleiben, als die Wähler spätestens in einigen Monaten  
20 um ein erneutes Votum zu bitten. Weshalb dann nicht gleich?

### Lohn für Kompromissbereitschaft

Sieben Parteien sitzen jetzt im Bundestag. Das macht Koalitionsverhandlungen schwierig, schwieriger als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Und das wird sich auf absehbare Zeit wahrscheinlich nicht  
25 ändern.

Diese neue Realität bedeutet, dass alle Parteien noch kompromissbereiter sein müssen, noch offener für Koalitionen, die das traditionelle Rechts-links-Spektrum überspannen. Die FDP ist daran gerade gescheitert. Die neue Realität müssen aber auch die Wähler akzeptieren. Und hier liegt der größte Vorteil einer  
30 erneuten Wahl.

Die FDP hat die Sondierungsgespräche aus Angst abgebrochen, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber ihren Wählern zu verlieren und dafür bei der nächsten Wahl abgestraft zu werden. Bei einer Neuwahl ginge es jedoch weniger um politische Inhalte als darum, wie in Zukunft in Deutschland Politik gemacht werden soll:  
35 Belohnen die Wähler Kompromissbereitschaft, wie sie in den Sondierungsgesprächen vor allem Grüne und CSU, in geringerem Maße die FDP gezeigt haben? Oder werten sie das als Verrat an den eigenen Idealen?

### Die Wähler wissen jetzt, woran sie sind

Nach einem Monat schwarz-gelb-grünem Gefeilsche wissen die Wähler jetzt nicht nur, wo die Parteien und ihr Spitzenpersonal inhaltlich stehen. Sondern – und das ist viel wichtiger – was sie für die Möglichkeit zu  
40 regieren aufzugeben bereit wären und wofür sie in jedem Fall stehen und kämpfen.

Sie wissen, dass die Grünen eine Koalition eingehen würden, in der der Ausstieg aus der Kohle zwar vertraglich verankert ist, aber nicht so, wie sie es im Wahlkampf gefordert haben. Sie wissen, dass die FDP nur eine Koalition eingehen wird, in der der Soli vollständig abgeschafft wird – und können sich fragen:  
45 Möchte ich, dass mich eine Partei vertritt, die (nicht nur, aber auch) aus diesem Grund Sondierungsgespräche abbricht?

Bei der CDU wissen die Wähler ohnehin, was sie bekommen: Merkel stand schon immer für flexibles Regieren. Horst Seehofer und seine CSU trotz allen Theaterdonners im Grunde auch.

50 Die SPD wiederum hätte die Chance, sich bei einer Neuwahl als neue Kraft der sozialen Gerechtigkeit zu präsentieren. Sie könnte danach zeigen, wie weit auch sie bereit ist, Abstriche zu machen – bei Verhandlungen über eine weitere große Koalition, die Parteichef Martin Schulz für diesen Fall nicht ausschließt.

55 So gesehen muss sich niemand vor einer Neuwahl fürchten.

### Text 2: Eine Minderheitsregierung stärkt die Demokratie – von Ludwig Greven

In ungewöhnlichen Lagen muss man ungewöhnlich denken und handeln. Zugegeben: Eine Minderheitsre-  
60 gierung hat es in Deutschland auf Bundesebene noch nie gegeben. Bis zur Gründung der Linkspartei gab es ein stabiles erst Drei-, dann Vierparteiensystem. Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag ist es aber mit sicheren Mehrheiten endgültig vorbei. Soll es nicht dauerhaft eine große Koalition geben, die weder der Demokratie noch den beiden ehemals großen Parteien guttut und das Erstarken der Rechtspopulisten gefördert hat, ist politische Fantasie gefragt.

65 Der erste Schritt war eine Regierung aus CDU, CSU, FDP und Grünen. Dieser Versuch ist gescheitert. Die SPD lehnt aus Selbstachtung ab, sich erneut an einer schwarz-roten Koalition zu beteiligen. Deshalb bleibt, um eine Neuwahl zu vermeiden, die schwierig zu erreichen wäre und wahrscheinlich kein anderes Ergebnis brächte, gar nichts anderes übrig, als eine Minderheitsregierung zu probieren.

70 Eine solche Regierung sei per se instabil und in einem so großen und wichtigen Land nicht möglich, lautet das Gegenargument. Aber sticht es?

Das Grundgesetz ist auf Regierungen mit absoluten Mehrheiten ausgelegt. Aber Deutschland ist heute eine gereifte, erfahrene Demokratie. Die hat in den vergangenen vier Jahren nicht unter zu wenig, sondern  
75 zu viel Stabilität und zu großen Mehrheiten gelitten. Was fehlte, war eine harte inhaltliche Auseinandersetzung.

Eine Minderheitsregierung müsste für jedes Gesetz um Zustimmung bei den anderen Parteien kämpfen. Sie müsste Zugeständnisse machen und Kompromisse schließen – auf der Bühne des Bundestags. Dort, wo die Debatten in einer parlamentarischen Demokratie hingehören. Nicht in Talkshows und in die Hinterzimmer von Koalitionszirkeln und exklusiven Spitzenrunden.

Was wäre so schlimm daran, wenn ein Kanzler oder eine Kanzlerin auch mal eine Abstimmung im Bundestag verliert, sofern der gegen seinen Willen getroffene Mehrheitsbeschluss dem Willen der Wähler entspricht? Denn der drückt sich im Votum für eine Partei und ihr Programm aus. Nicht in Ja oder Nein zu einer Koalition.

Eine Regierung ohne Mehrheit würde mehr politische Beweglichkeit verlangen. Das muss in einer Gesellschaft, die stark in Bewegung ist, kein Schaden sein. Sie wäre für die Beteiligten anstrengender als eine Mehrheitsregierung. Aber Demokratie darf und soll anstrengend sein. Weil nur dann in der Regel gute Ergebnisse zustande kommen. Die skandinavischen Länder machen seit Jahrzehnten gute Erfahrungen mit Minderheitsregierungen. Sie sind stabil und wirtschaftlich erfolgreich.

In Berlin wäre dieses Szenario denkbar: Merkel bildet nach der Annäherung an die Grünen in den Sondierungen ein schwarz-grünes Kabinett und sichert sich eine Duldung durch SPD oder Liberale bei ihrer Kanzlerwahl. Die FDP hat ihre grundsätzliche Bereitschaft dazu erklärt. Für wichtige Gesetze muss sich jede Regierung ohnehin im Bundesrat mit den verschiedenen Parteien einigen – warum dann nicht auch im Bundestag? Als Grundlage für ihre Politik könnte Merkel das Sondierungspapier nehmen, dem die FDP in Teilen ja zugestimmt hat. In anderen Fragen könnte sie sich Stimmen der SPD organisieren, mit der sie bisher schon zweimal regiert hat.

Und wenn die Minderheitsregierung nach ein oder zwei Jahren platzt? Dann kann ja immer noch neu gewählt werden.

### 105 **Text 3: Die Groko ist besser als ihr Ruf – von Marcus Gatzke**

Deutschland durchlebt gerade eine kleine Parteienkrise. In dieser Situation wäre eine große Koalition – im Vergleich zu den anderen Optionen – noch am besten geeignet, das Land zu führen. Erneut. Denn ihre Leistung wird oft verkannt. Schwarz-Rot hat keine Wunder vollbracht, und etliche Probleme harren einer Lösung. Aber sie hat Deutschland erfolgreich durch die Finanz- und Euro-Krise manövriert. Den Wohlstand, den wir genießen, haben wir auch ihr zu verdanken. So eine Stabilität wäre in der aktuellen Situation wichtig.

Gegner einer großen Koalition betonen naturgemäß die Nachteile. In der Vergangenheit waren es hauptsächlich zwei: Der rechte Rand wurde gestärkt, mit der AfD sitzt jetzt eine rechtspopulistische Partei im Bundestag. Die SPD hat sich in der großen Koalition zerrieben, sie muss sich in der Opposition neu finden. Aber diese Argumente sind nicht stichhaltig genug, um eine neues Großbündnis abzulehnen.

Zum ersten Punkt: Die AfD ist mehrheitlich eine Protestpartei – 64 Prozent haben sie aus Verärgerung über Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik gewählt. Das Thema wird jedoch seine Dominanz verlieren. Ja, über den Familiennachzug muss entschieden werden. Ja, die hier lebenden Flüchtlinge müssen integriert werden. Das ist eine große Herausforderung. Aber eine Situation wie im September 2015 wird sich nicht noch einmal ergeben – dafür wird auch Angela Merkel sorgen.

Das bedeutet: Die AfD wird einen Teil ihrer zersetzenden Kraft verlieren. Die Realpolitik könnte sie entzaubern. Mit 13 Prozent hat sie wahrscheinlich ihren Zenit erreicht, künftig wird ihr zusätzlich eine konservative FDP Stimmen streitig machen. An Diskurs im Bundestag würde es daher bei einer erneuten Groko nicht mangeln: Die vier Oppositionsparteien würden zusammen mehr als 300 Sitze auf sich vereinigen.

### **Wählen, bis das Ergebnis stimmt?**

Zum zweiten Punkt: Die große Koalition trägt nicht die alleinige Schuld am Niedergang der Sozialdemokratie. Es war vor allem die Agenda 2010, die sie bis ins Mark erschüttert hat. Was viele Wähler nicht sehen oder nicht sehen wollen: In den vergangenen Jahren war es vor allem die SPD, die die Sozialpolitik der Koalition geprägt hat. Ohne sie gäbe es heute keinen Mindestlohn. Ist das nichts?

Die SPD muss sich fragen, was sie in der Opposition gewinnen will. Will sie an einem Bündnis mit Grünen und Linken bauen? Mit Sahra Wagenknecht in linken Anti-Europa-Populismus verfallen? Die Linkspartei ist noch lange nicht regierungsfähig und -willig. Und am Ende gilt: Erst das Land, dann die Partei.

Als Teil einer weiteren großen Koalition hätte die SPD unter den veränderten Bedingungen zudem bessere Chancen, alte Agenda-Wunden vernarben zu lassen. Denn sicher ist: Sie muss künftig keinen Wahlkampf mehr gegen Angela Merkel führen, sondern in vier Jahren gegen ihren mutmaßlich konservativeren Nachfolger oder -in.

Die Sozialdemokraten könnten in der neuen Regierung den Finanzminister stellen und Investitionen in Infrastruktur und Bildung vorantreiben. Der seit Jahren anhaltende Boom eröffnet Spielräume für eine zukunftsweisende und realistische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Mit einer SPD in der Regierung wäre das eher möglich als mit einer marktliberalen FDP.

Die Alternativen sind schnell entzaubert: Eine schwache Minderheitsregierung ist weder für Deutschland noch für Europa erstrebenswert. Deutschland als Anker der EU braucht eine stabile Regierung. Und nach einer Neuwahl wäre die Lage vermutlich nicht anders als jetzt. Was machen die Parteien dann? Wählen lassen, bis das Ergebnis stimmt?

Marcus Gatzke, Ludwig Greven und Hannes Schrader, ZEIT ONLINE, 22.11.2017, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/regierungsbildung-optionen-neuwahl-minderheitsregierung-grosse-koalition>

## Aufgaben

### Einstieg

#### 1. Anhand von Erklärvideos Basiswissen zu Neuwahlen und Minderheitsregierungen herausarbeiten

- a. Betrachten Sie folgende Videos, und entscheiden Sie, welche der unten stehenden Aussagen richtig oder falsch sind. Korrigieren Sie anschließend die Ergebnisse. Die zutreffenden Antworten können alle aus den Videos abgeleitet werden.

Video 1: Tagesschau.de: Pro und Contra: Brauchen wir Neuwahlen?

<https://www.youtube.com/watch?v=Ivy0mzis9Ww>

Video 2: ZDF Logo: Minderheitsregierung

<https://www.zdf.de/kinder/logo/erklaerstueck-minderheitsregierung-100.html>

Video 3: ZEIT ONLINE: Verfassungsrecht – So könnte es zu Neuwahlen kommen

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/regierungsbildung-optionen-neuwahl-minderheitsregierung-grosse-koalition>

	richtig	falsch
a. Bei Neuwahlen haben die Bürger die Möglichkeit, Parteien neu zu bewerten oder abzustrafen (Video 1).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b. Ein Argument für Neuwahlen ist, dass man immer wieder so lange wählen lassen kann, bis die Bürger »richtig« gewählt haben (Video 1).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c. Eine Minderheitsregierung ist besonders stabil, weil sich die Koalitionsparteien im Vorfeld nicht mühsam einigen müssen (Video 1).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d. In Skandinavien sind Minderheitsregierungen der Normalfall und können durchaus stabil sein (Video 1).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e. Eine Minderheitsregierung muss für jedes einzelne Gesetz neue Unterstützung von den Oppositionsparteien finden, weil sie nicht genügend Stimmen hat, Gesetzesvorschläge allein zu beschließen (Video 2).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f. Bei Uneinigkeit hat die Minderheitsregierung das letzte Wort. Somit verhindert man, dass Oppositionsparteien Gesetzesvorhaben der Regierung völlig blockieren können (Video 2).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g. Bevor es zu Neuwahlen kommt, muss der Bundestag über den Kanzlerkandidaten abstimmen (Video 3).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
h. Wenn der Kanzlerkandidat beim dritten Wahlgang nur eine einfache und keine absolute Mehrheit erhält, kann der Bundespräsident ihn dennoch für eine Minderheitsregierung zum Kanzler ernennen (Video 3).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
i. Neuwahlen müssen innerhalb von zwei Wochen nach Auflösung des Bundestages erfolgen (Video 3).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- b. Betrachten Sie abermals Video 3 »Verfassungsrecht – So könnte es zu Neuwahlen kommen«. Ziehen Sie gegebenenfalls weitere Informationen zu Neuwahlen aus dem Internet oder Politik-Schulbuch heran. Skizzieren Sie dann schriftlich die einzelnen Voraussetzungen für Neuwahlen in einem Tafelbild.

### Basis-Aufgaben

#### 2. Mögliche Mehrheiten nach der Sitzverteilung im Bundestag ermitteln

Nach der Wahl vom September 2017 sind sieben Parteien im Bundestag vertreten:

CDU: 200 Sitze (26,8 %)	SPD: 153 Sitze (20,5 %)	Die Linke: 69 Sitze (9,2 %)
Die Grünen: 67 Sitze (8,9 %)	CSU 46 Sitze (6,2 %)	FDP: 80 Sitze (10,7 %)
AfD 94 Sitze (12,6 %)		

Quelle: Bundeswahlleiter, <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html>

Berechnen Sie, welche Parteien theoretisch eine Regierungskoalition bilden könnten, die die Mehrheit der Stimmen im Bundestag erreicht. Diskutieren Sie, welche der Kombinationen in Ihren Augen realistisch sind.

#### 3. Schlagzeilen zur Regierungsbildung analysieren

Recherchieren Sie jeweils zehn Schlagzeilen zu den Begriffen »Große Koalition/Groko«, »Neuwahlen« und »Minderheitsregierung«. Beschreiben Sie, welche politische Stimmungslage anhand dieser Überschriften deutlich wird und welche Tendenzen Sie in der Berichterstattung beobachten können.

#### 4. Das Textverständnis klären und ein Grundverständnis für die Problemlage herausarbeiten

Lesen Sie die drei Texte zum ZEIT-Artikel »Regierungsbildung: Was denn nun?«. Markieren Sie alle Begriffe und Wendungen, die Sie nicht verstanden haben. Klären Sie dann die offenen Fragen im Plenum.

#### 5. Tagespolitische und längerfristige, strukturelle Aspekte der Thematik identifizieren

Der vorliegende Artikel fasst in drei Kommentaren Vor- und Nachteile einer Regierungsbildung nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen zusammen. Die Autoren greifen hierbei sowohl tagespolitische Themen auf wie auch strukturelle Entwicklungen, die dazu führten, dass eine Regierungsbildung in Deutschland heute schwieriger ist als vor einigen Jahren.

- a. Erstellen Sie eine Tabelle, in der Sie die aktuellen und die strukturellen Aspekte bei der Regierungsbildung gegenüberstellen.
- b. Leiten Sie anhand der Tabelle ab, aus welchem Grund ein Medienartikel über die Schwierigkeiten, eine Regierung zu bilden (Stand Ende November 2017), auch jenseits der tagesaktuellen Berichterstattung relevant sein kann.



### Weiterführende Aufgaben

#### 6. Die Argumente der Kommentatoren herausarbeiten

Bearbeiten Sie in Partnerarbeit einen der drei Autorentexte des Artikels. Beantworten Sie die folgenden Leitfragen für den Text schriftlich.

##### Text 1 – Eine Neuwahl muss niemand fürchten

- Wie steht der Autor zu einer Minderheitsregierung in Deutschland, und wie begründet er seine Haltung?
- In welchem Dilemma steckt die SPD, falls sie sich zu einer Groko entschließt, und welchen Rat gibt ihr der Autor?
- Welche Vorteile haben Neuwahlen für die Bürger in den Augen des Autors?

##### Text 2 – Eine Minderheitsregierung stärkt die Demokratie

- Inwiefern hat sich die Parteienlandschaft in Deutschland geändert, und welche Folgen hat dies?
- Aus welchen Gründen verwirft der Autor die These, dass eine Minderheitsregierung in Deutschland nicht möglich sei?
- Welche Vorteile sieht der Autor in einer Minderheitsregierung?

##### Text 3 – Die Groko ist besser als ihr Ruf

- Wie lautet das Fazit des Autors zur bisherigen Arbeit der Groko (Plus- und Minuspunkte)?
- Was hat nach Autorenmeinung zum Stimmenverlust der SPD geführt, und welche Zukunftsaussichten hat die Partei in seinen Augen?
- Welche Vorteile sieht der Autor in einer Groko?

#### 6. Eine Podiumsdiskussion/Talkshow zu den Optionen einer Regierungsbildung abhalten

- a. Bilden Sie vier Gruppen. Jede Gruppe notiert Argumente für den eigenen Standpunkt auf Karteikarten und überlegt, wie man die Argumente der Gegenpositionen entkräften kann. Wählen Sie anschließend einen Sprecher für die Debatte, während die übrigen Gruppenmitglieder als Publikum fungieren, das den Experten kritische Fragen stellen darf.

**Gruppe 1:** votiert für Neuwahlen

**Gruppe 2:** votiert für eine Minderheitsregierung

**Gruppe 3:** votiert für eine große Koalition

**Gruppe 4:** erarbeitet einen völlig neuen, alternativen Vorschlag zur Regierungsbildung

- b. Stimmen Sie nach der Podiumsdiskussion/Talkshow für eine Option ab, und ermitteln Sie, welche Variante in Ihrer Klasse eine Mehrheit findet. Hier ist Ihre persönliche Einschätzung gefragt, nicht Ihre Gruppenrolle aus Aufgabe a. Begründen Sie Ihr Votum mit einem kurzem Statement.



Internetseiten zum Thema:

## Politik-Dilemma: Neuwahlen, Minderheitsregierung oder Groko?

### ZEIT ONLINE: »Eine Minderheitsregierung kann auch eine Chance sein«

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/sondierungen-joachim-wieland-staatsrechtler-interview>

### ZEIT ONLINE: Das Parlament ist in der Krise – und das ist gut

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/bundestag-spd-grosse-koalition-umbruch-parlamentarismus>

### ZEIT ONLINE: Nur die Ruhe, liebe Deutsche

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/jamaika-aus-sondierungen-regierungsbildung-niederlande>

### Bundeszentrale für politische Bildung: Neuwahlen

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161451/neuwahlen>

### ZDF: Minderheitsregierung - In Schweden normal, in Deutschland utopisch

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/minderheitsregierungen-in-schweden-normal-in-deutschland-schwierig-100.html>

### meta.tagesschau.de: Kommentare zu: Minderheitsregierung - besser als Jamaika

<https://meta.tagesschau.de/id/128892/kommentar-minderheitsregierung-besser-als-jamaika#comment-3215088>



### Das kostenlose ZEIT-Angebot für Schulen

Die Unterrichtsmaterialien für das Schuljahr 2017/18 »Medienkunde« und »Abitur, und was dann?« sowie DIE ZEIT für drei Wochen im Klassensatz können Sie kostenfrei bestellen. Alle Informationen unter:

[www.zeit.de/schulangebote](http://www.zeit.de/schulangebote)

### IMPRESSUM

Projektleitung: Franziska Sachs, Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,  
Projektassistentz: Jannike Möller, Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,  
didaktisches Konzept und Arbeitsaufträge: Susanne Patzelt, Wissen beflügelt